Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am **Dienstag 21.05.2013** um 19.30 Uhr.

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende:

ÖVP			SPÖ		
1	Bgm. Degeneve Wolfgang, Jänergasse 19	X	17	GV Faltyn Karl, Jänergasse 17	X
2	Vbgm. Hinterberger Rudolf, Schurrerprambach 5	X	18	GR Ehrenguber Helmut, Imperndorf 6	X
3	GV Auinger Helmut, Keppling 11	X	19	GR Helmhart Franz, Keppling 10	X
4	GV Jany Herbert, Ritzing 11	X	20	GR Kriegner Wolfgang, Thallham 7/2	X
5	GV Wagner Gerald, Unterwegbach 5/1	X	21	GR Koblinger Wilhelm, Schmidgasse 1	X
6	GV Zistler Josef, Klosterstraße 4	X			
7	GR Schatzl Nikolaus, Fasanweg 4	X			
8	GR Haider Margret, Moospolling 9	X	GRÜNE		
9	GR Petric Maximilian, Fadingerstraße 16	X	22	GR Ing. Mag. Aumayr Andreas, Webereistr. 2	X
10	GR Mair Josef, Willersdorf 3	X	23	GR Obermayr Wolfgang, Klosterstr. 14	X
11	GR Hörmann Pauline, Oberwegbach 10	X			
12	GR Humberger Erna, Fadingerstraße 6	E			
13	GR Schildberger Alfred, Obergschwendt 6	X	FPÖ		
14	GR Lehner-Dittenberger August, Purgstall 1	X	24	GR Reichert Peter, Klosterstraße 16	E
15	GR Scheuringer Markus, Kollerbichl 15	X	25	GR Kronawettleitner Werner, Unterheuberg 3	X
16	GR Brunmair Johannes, Prambacherholz 2	E			

Ersatzmitglieder:

ÖVP	GR-Ers. Sallaberger Manfred, Waikhartsberg 2	E	FPÖ	GR-Ers. Schmutzhart Dietmar, Marktplatz 8/4	X
ÖVP	GR-Ers. Frühauf Franz, Eitzenberg 5	X			

Legende: x = anwesend, E = entschuldigt abwesend, N = nicht entschuldigt abwesend

Die Schriftführerin: VB Strasser Marlene

Bürgermeister Wolfgang Degeneve eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Sitzung von ihm, dem Bürgermeister einberufen wurde; die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 14.05.2013, 17.05.2013 u. 21.05.2013 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist, die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 14. Mai 2013 öffentlich kundgemacht wurde; die Beschlussfähigkeit gegeben ist; dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 19.03.2013 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Gem. § 54 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 idgF werden von den Gemeinderatsfraktionen die Fraktionsobmänner bzw. Stellvertreter für die Unterzeichnung der Verhandlungsschrift bekanntgegeben.

ÖVP	GR. Nikolaus Schatzl
SPÖ	GR. Helmut Ehrenguber
FPÖ	GR. Reichert Peter
GRÜNE	GR. Ing. Mag. Aumayr Andreas

Dringlichkeitsantrag

Bürgermeister Degeneve berichtet über den Dringlichkeitsantrag:

Gegenstand:

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.02 „Lagerhaus“; Beschlussfassung

Begründung der Dringlichkeit:

Das Verfahren zur Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.02 „Lagerhaus“ wurde bereits durch den Beschluss des Gemeinderates vom 19.03.2013 eingeleitet.

Die an der Änderung betroffenen Grundstückseigentümer konnten bis 13. Mai 2013 Einwendungen oder Anregungen einbringen. Im Änderungsverfahren wurden keine wesentlichen Einwendungen erhoben.

Da die Lagerhausgen. Eferding-Grieskirchen eGen ehest möglich mit dem Bauvorhaben beginnen möchte, wäre es notwendig, die Beschlussfassung über die Flächenwidmungsplanänderung bereits in der Sitzung vom 21.05.2013 vorzulegen, da die nächste Gemeinderatssitzung erst Ende Juni stattfinden wird.

Bürgermeister Degeneve stellt daher den

A n t r a g:

„Dem Tagesordnungspunkt wird die Dringlichkeit zuerkannt und als Punkt 3.) der Tagesordnung behandelt.“

D e b a t t e:

GVM Faltyn merkt an, dass die Dringlichkeit dieses Beschlusses anzuzweifeln ist, da das Lagerhaus genug Zeit gehabt hätte, Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu errichten.

A b s t i m m u n g:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
- (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Dem Antrag wird somit einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt und er wird als TOP 3.) in die Tagesordnung mitaufgenommen.

Tagesordnung:

1. Prüfbericht von der Prüfung des örtlichen Prüfungsausschusses am 6.5.2013
2. Erlassung einer Verordnung betreffend die Verhängung eines Neuplanungsgebietes (Bausperre) für die Grundstücke Nr. 3196/1, 3196/2, KG. Waizenkirchen (Fa. Isolena)
3. Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.02 „Lagerhaus“; Beschlussfassung
4. Allfälliges

Beratung und Beschlussfassung:

Zu Pkt. 1.) der TO.: Prüfbericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 6.5.2013

Obmann Wolfgang Kriegner berichtet namens des Prüfungsausschusses:

Der örtliche Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Mai 2013 die Ausnahmegewilligung für Wasserleitungs- und Kanalanschlüsse im Pflichtanschlussbereich überprüft und kam zu nachstehendem Ergebnis:

Im Jahr 2005 lagen 140 Liegenschaften im Pflichtanschlussbereich der gemeindeeigenen, öffentlichen Wasserversorgungsanlage, welche den Anschluss nicht hergestellt hatten. Die Marktgemeinde Waizenkirchen hat sodann ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bis zum heutigen Tag haben davon 53 Liegenschaften den Anschluss hergestellt. Bei 6 Liegenschaften läuft ein beschleunigtes Verfahren. Seitens des zuständigen Ausschusses wird ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass bei den nicht angeschlossenen Liegenschaften eine regelmäßige Wasserbefundung stattfindet. Diese wurde in den Jahren 2007 und 2012 durch unabhängige Umweltlabore durchgeführt. Den bis dato verbleibenden 62 Liegenschaften wurde aufgrund der positiven Wasserbefundungen eine Fristerstreckung gewährt.

Im Bereich der Kanalanschlüsse gibt es eine Liegenschaft bei der der Anschluss nicht hergestellt wurde. Der Akt wurde an die zuständige Bezirksbehörde zur Erledigung weitergeleitet.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen

Bürgermeister Degeneve ergänzt zum Antrag, dass bereits eine Besprechung mit LR. Anschöber, Gemeindebundpräsident Hingsamer und LR Hiegelsberger bezüglich dieser Thematik stattgefunden hat. Hierfür sollte nämlich eine gesetzliche Änderung erfolgen. Diese wäre mit Anfang dieses Jahres geplant gewesen wäre. Durch den gesundheitlichen Zustand von LR Anschöber hat sich eine Entscheidung dafür verschoben. Es sollte jedoch Anfang nächsten Jahres der Beschluss im Landtag gefasst werden. Weiters führt er aus, dass die Gemeinde Waizenkirchen für eine rechtliche Absicherung vorbehaltlich Wasserüberprüfungen durchführen ließ, um behördlich nicht untätig gewesen zu sein. Es wäre jedoch geplant, wenn bis Ende des Jahres bereits eine Entscheidung seitens des Landtages gefasst wird, eine Ausschusssitzung diesbezüglich einzuberufen.

Debatte:

GVM Faltyn spricht an, dass diese Angelegenheit keine politische Wälzerei werden sollte, sondern ehest möglich eine produktive Lösung gefunden werden muss. Weiters merkt GVM Faltyn an, dass sich der Bürgermeister, falls die Bürgermeister Oberösterreichs in diese Entscheidung mit einbezogen werden, für eine unkomplizierte Abwicklung der Anschlussverpflichtung einsetzen sollte.

Der Bürgermeister erklärt ihm, dass Hauptverantwortlicher für diesen Beschluss LR Anschöber sein wird, sowie LR Ackerl u. LR Higelberger, die für die Umsetzung verantwortlich sind. Er hofft ebenso auf eine unkomplizierte Lösung.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
- (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Prüfbericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 2.) der TO.: Erlassung einer Verordnung betreffend die Verhängung eines Neuplanungsgebietes für die Grundstücke Nr. 3196/2 und 3199/2, KG. Waizenkirchen (Fa. Isolena)

Vbgm. Rudolf Hinterberger berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Herr Ing. Alexander Lehner ist Eigentümer des Grundstückes Nr. 3199/2, KG. Waizenkirchen und hat nun auch die Liegenschaft Fleischanderl, u.a. bestehend aus dem Grundstücken 3196/1 und 3196/2, KG. Waizenkirchen erworben.

Für den Bereich dieser Grundstücke existiert der Bebauungsplan Nr. 31, der die Bebauung der gegenständlichen Grundstücke regelt.

Herr Ing. Alexander Lehner plant nun anschließend an die bestehende Halle der Parz.Nr. 3199/2 auf dem neugeschaffenen Teil des Grundstückes Nr. 3199/2 (vorher Teil der Parz. 3196/1) eine Zelthalle mit 40 x 25 m zu errichten, diese Baumaßnahme ist aufgrund des rechtsgültigen Bebauungsplanes nicht möglich, da die Baufluchtlinien nicht eingehalten werden können.

Herr Lehner hat zwar die Änderung des Bebauungsplanes bereits beantragt, da das Verfahren jedoch einige Monate dauert und der Neubau für die Fa. Lehner ziemlich dringend ist, ist eine Verordnung eines Neuplanungsgebietes gem. § 45 OÖ. BauO notwendig. Dadurch können Baubewilligungen erteilt werden, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Da die Abänderung des gegenständlichen Bebauungsplanes in den Grundzügen mit der Raumordnungsabteilung beim Amt der oö. Landesregierung bereits abgesprochen und die Änderung vorstellbar ist, ist die Verordnung eines Neuplanungsgebietes die einzige Möglichkeit, der Fa. Lehner ehestmöglich die Errichtung der Zelthalle zu ermöglichen.

Der Ausschuss für örtliche Raumordnungsangelegenheiten, Wirtschaft und Landwirtschaft hat sich in der Sitzung am 16.05.2013 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

Antrag

der Gemeinderat möge beschließen:

Verordnung

§ 1

Gemäß § 45 Abs. 1 OÖ. Bauordnung 1994, LGBl. 66/1994 idF LGBl. 70/1998 wird das Gebiet der Grundstücke Nr. 3196/2 und 3199/2, KG. Waizenkirchen zum Neuplanungsgebiet erklärt.

§ 2

Die Grenzen des Neuplanungsgebietes decken sich mit den Grundgrenzen der Parz.Nr. 3196/2 und 3199/2.

§ 3

Im Gebiet des Neuplanungsgebietes ist die Abänderung des bestehenden Bebauungsplanes Nr.31 für eine ordnungsgemäße Bebauung mit Betriebsobjekten beabsichtigt. Dabei sollen die Baufluchtlinien so angepasst werden, dass die geplante Betriebserweiterung der Fa. Isolena möglich wird.

§ 4

Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass für das angeführte Gebiet Bauplatzbevolligungen (§ 5 OÖ. BauO), Bewilligung für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Grundstücken (§ 9 OÖ. BauO) und Baubewilligungen – ausgenommen Bewilligungen für Bauvorhaben gem. § 24, (1) Z 4 OÖ. BauO - nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert (§ 45 Abs. 2 Oö. BauO).

§ 5

Die gegenständliche Verordnung über die Erklärung zum Neuplanungsgebiet wird zwei Wochen nach ihrer Kundmachung rechtswirksam.

§ 6

Obige Verordnung über die Erklärung zum Neuplanungsgebiet tritt entsprechend dem Anlass, aus dem sie erlassen wurde, mit der Rechtswirksamkeit des neuen Bebauungsplanes, spätestens jedoch nach zwei Jahren außer Kraft, wenn sie nicht verlängert wird.

Der Gemeinderat hat die Erklärung zum Neuplanungsgebiet durch Verordnung höchstens zweimal auf je ein weiteres Jahr zu verlängern.

Eine darüber hinausgehende Verlängerung auf höchstens zwei weitere Jahre kann durch Verordnung des Gemeinderates erfolgen, wenn sich die vorgesehene Erlassung oder Änderung des Be-

baungsplanes ausschließlich deswegen verzögert, weil überörtliche Planungsinteressen berücksichtigt werden sollen. Eine solche Verordnung bedarf der Genehmigung der Landesregierung, die zu erteilen ist, wenn mit einer Fertigstellung und Berücksichtigung der überörtlichen Planung innerhalb der weiteren Verlängerungsfrist gerechnet werden kann. Auch im Fall einer Verlängerung tritt die Verordnung mit dem Rechtswirksamwerden des neuen Planes oder der Änderung des Plans außer Kraft.

Der Bürgermeister:

Debatte:

GVM Wagner erkundigt sich, was unter dem Begriff Zelthalle zu verstehen ist, da diese eventuell das Ortsbild verunstalten könnte.

Bürgermeister Degeneve erklärt ihm, dass für die Errichtung einer Zelthalle eine Gewerberechts-/ u. Bauverhandlung notwendig ist. Eine solche Zelthalle ist bei der Firma Eschlböck in Prambachkirchen bereits errichtet worden. Weiters äußert der Bürgermeister, dass Herr Ing. Lehner eine solche Zelthalle nach Durchführung der Bebauungsplanänderung sowieso errichten dürfte. Mit dem heutigen Beschluss kann er diese rechtzeitig zum Wollkunstfestival errichten. Wie diese Halle auszusehen hat, ist Angelegenheit einer Bauverhandlung und nicht Angelegenheit des Gemeinderates.

GVM Auinger fragt nach, ob zukünftige Bauvorhaben auf den angrenzenden Parzellen noch möglich wären, da diese seit der letzten Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes im Hochwasserabflussbereich liegen.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass hier mit bestimmten Auflagen trotzdem ein Bauvorhaben durchgeführt werden kann.

GR Ehrengrubner äußert, dass er es befürwortet, wenn Wirtschaftstreibende in Betriebsvergrößerungen investieren. Als Gemeinde sollte man daher solchen bei der Entwicklung helfen und nicht entgegenwirken.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
- (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Dem Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 3.) der TO.: Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.02 „Lagerhaus“; Beschlussfassung

Vizebürgermeister Hinterberger Rudolf berichtet namens des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft, Raumplanung, Ortsentwicklung und Bauangelegenheiten.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 19.03.2013 die Einleitung des Verfahrens zur Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.02 „Lagerhaus“ beschlossen.

Mit Schreiben vom 12.04.2013 wurden, gemäß den Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 i.d.g.F., die von der Änderung betroffenen Grundstückseigentümern über das Änderungsverfahren verständigt. Diese hatten bis 13. Mai 2013 die Gelegenheit eine Stellungnahme zu der Änderung abzugeben.

Am 10. Mai 2013 langte von der Stern&Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H. eine Stellungnahme zu dieser Änderung am Marktgemeindeamt ein. Bauvorhaben im Bereich der Eisenbahnschienen und –übergängen sollten nur einvernehmlich mit der Bahnverwaltung festgelegt werden, um etwaige Gefährdungen im Bahnbereich vorzubeugen.

Weitere Einwendungen oder Anregungen zur Änderung wurden jedoch nicht eingebracht.

Da sich die betroffenen Grundstücke Nr. 3276 u. 3277, KG. Waizenkirchen im Hochwasserabflussbereich befinden, forderte die Marktgemeinde eine Ausführungsbestätigung über die geforderten Maßnahmen zum Hochwasserschutz (Aufschüttung oder Retentionsmulde). Die Lagerhausgenossenschaft Eferding-Grieskirchen eGen. legte eine Auftragsbestätigung der Fa. Switelsky vor, welche die baulichen Maßnahmen durchführen wird. Nach Fertigstellung der erforderlichen Maßnahmen wird durch den Gewässerbezirk Grieskirchen eine wasserrechtliche Überprüfung durchgeführt, welche als Ausführungsbestätigung gilt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Raumplanung/Ortsentwicklung und Bauangelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 16. Mai 2013 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt die Beschlussfassung folgenden Antrages:

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Änderung Nr. 4.02; Grundstücke Nr. 3276 u. 3277, KG. Waizenkirchen; Widmung in „MB“ – eingeschränktes Gemischtes Baugebiet unter Ausschluss betriebsfremder Wohnnutzung, sowie einer Schutzzone im Bauland – Bm₁“.

Vizebürgermeister Hinterberger fügt dem Antrag hinzu, dass das Lagerhaus ehest möglich mit dem Bau der neuen Lagerhalle beginnen möchte, um die heurige Ernte im Herbst zu lagern. Er ersucht daher die Gemeinderäte um Zustimmung dieses Antrages.

D e b a t t e:

GVM Faltyn bemerkt, dass er dem Lagerhaus ebenso eine rasche Errichtung der neuen Lagerhalle ermöglichen möchte, damit für die Landwirte eine bessere Ablieferung der Ernte möglich ist. Er kritisiert jedoch die Vertreter der Lagerhausgenossenschaft Eferding-Grieskirchen, dass diese nicht eher mit der Durchführung der Hochwasserschutzmaßnahmen begonnen haben. Dadurch wäre eine schnellere Abwicklung des Verfahrens möglich gewesen.

Bürgermeister Degeneve merkt an, dass die Dringlichkeit bei Firmen u. Gewerbetreibenden ein bekanntes Problem ist. Nach Fertigstellung der Planung sollte bereits mit dem Bau begonnen werden können. Da jedoch die Verfahren der Behörden sehr umfangreich sind und Fristen einzuhalten sind, verzögert sich der Baubeginn. Der Bürgermeister betont, dass die Gemeinde Waizenkirchen jedoch sehr bemüht ist, die Verfahren so schnell als möglich zu erledigen.

GR Aumayr erkundigt sich, ob die Stellungnahme der Stern & Hafferl VerkehrsgesmbH zur Umwidmung positiv zu deuten ist oder nicht, da dies aus dem Antrag nicht klar hervorgeht.

Der Bürgermeister erklärt ihm, dass die Stern & Hafferl VerkehrsgesmbH ihre Richtlinien in der Stellungnahme bekannt gegeben hat, jedoch keine direkten Einwände gegen die Umwidmung vorbrachte. Diese Richtlinien werden erst bei einer Bau- u. Gewerberechtsverhandlung tragend werden.

Weiters äußert GR Aumayr, dass diese Angelegenheit bereits im September letzten Jahres behandelt wurde. Deshalb sollte man auch der Lagerhausgen. Eferding-Grieskirchen verdeutlichen, dass sie auch selbst die geforderten Maßnahmen zu erledigen haben, wenn bereits von der Gemeinde

alle Wege geöffnet werden. Besonders in Hinblick auch darauf, dass das Lagerhaus die wasserrechtliche Bewilligung durch eine Trickserie erhalten hat.

Bürgermeister Degeneve entgegnet ihm, dass die wasserrechtliche Verhandlung ordnungsgemäß abgelaufen ist und klare Richtlinien im Bescheid festgelegt wurden. Weiters ist darin festgehalten, dass eine Widmung erst nach Fertigstellung der baulichen Hochwasserschutzmaßnahmen erfolgen kann. Es hat sich jetzt jedoch die Möglichkeit ergeben, dass die Gemeinde bereits aufgrund der Vorlage einer Auftragsbestätigung einen Beschluss fassen kann. Die Genehmigung der Widmung kann erst durch das Amt der Oö. Landesregierung erfolgen, wenn diese eine Ausführungsbestätigung nach Fertigstellung der Hochwasserschutzmaßnahmen erhalten hat.

GR Aumayr wünscht, dass im Beschluss des Gemeinderates klar festgehalten werden sollte, dass der Genehmigungsbescheid des Amtes der Oö. Landesregierung erst erfolgen kann, wenn die baulichen Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Der Bürgermeister erwidert, dass durch den heutigen Beschluss die Widmung noch nicht durchgeführt wird, da die Genehmigung vom Amt der Oö. Landesregierung erteilt wird. Durch den heutigen Beschluss des Gemeinderates liegt die Umwidmung nicht länger in den Händen der Gemeinde, sondern an der Lagerhausgenossenschaft selbst und am Amt der Oö. Landesregierung. Weiters äußert der Bürgermeister, dass erst nach Genehmigung der Widmung eine Gewerbeverhandlung stattfinden kann.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
- (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 4.) d. TO.: Allfälliges

a) Neues Amtsgebäude

GR Obermayr bringt einen Vorschlag zur Sanierung des Amtsgebäudes ein. Er führt aus, dass sich dadurch viele Gestaltungsmöglichkeiten ergeben würden. Der Bürgermeister hat bereits einen Planentwurf vom Ortsplaner Dr. Englmaier erstellen lassen, welcher jedoch nach Ansicht der Grünen-Fraktion sehr aufwendig ist. Dazu äußert GR Obermayr, dass das Gebäude für die Sanierung in einen kompletten Rohbauzustand versetzt wird. Weiters ist das geplante Stiegenhaus sehr aufwendig geplant, das wiederum sehr kostenintensiv sein wird, wobei aus dem jetzigen Stiegenhaus Abstellräume geschaffen werden sollten. Außerdem sollten nach dem Planentwurf die dritte Geschosdecke und die tragenden Mauern abgetragen werden, wodurch ebenso hohe Kosten entstehen, obwohl es hierfür auch andere Möglichkeiten gäbe. GR Obermayr fährt fort, dass es auch den Wunsch in Waizenkirchen gibt, den Vorplatz von der Kirche bis zum Gemeindeamt schön zu gestalten. Mit der Idee der Grünen-Fraktion gäbe es die Möglichkeit das Gemeindeamt gemeinsam mit dem neuen Vorplatz zusätzlich als Veranstaltungszentrum zu gestalten. Dieser Saal sollte in einer Ebene mit dem Gehsteig gebracht werden. Waizenkirchen sollte dadurch für Besucher optisch interessanter werden. Die Schaffung dieses Foyers bzw. Mehrzwecksaales sollte auch eine weitere Möglichkeit für die Waizenkirchner sein, Veranstaltungen abzuhalten.

Weiters fügt GR Aumayr hinzu, dass im Falle einer Sanierung des Amtsgebäudes ein Architektenwettbewerb stattfinden sollte. Bei solchen Hochbauten ist es der Grünen-Fraktion ein Anliegen, nicht nur Planentwürfe des Ortsplaners erstellen zu lassen. GR Aumayr äußert, dass auch in anderen Gemeinden bei Hochbauten grundsätzlich nicht mit dem Ortsplaner gearbeitet wird, sondern mit Architekten, von denen neue Ideen stammen. Er weist hierzu besonders auf den Sitzungssaal

im dritten Stock hin, welcher im Jahr 2013 nicht mehr im oberste Stockwerk untergebracht werden sollte, sondern transparent in Bürgernähe. Weiters bemerkt GR Aumayr, dass der Planentwurf von Dr. Englmaier wieder einmal ein kostenintensiver Bau sein wird, besonders durch das pompöse Stiegenhaus. GR Aumayr schlägt vor, das alte Stiegenhaus beizubehalten und lediglich das Stiegengeländer auszutauschen, da die Stiege an sich noch sehr repräsentabel ist. Er sieht keinen wesentlichen öffentlichen Nutzen aus dem neuen Stiegenhaus, es wäre daher effizienter mit dem Budget für das Stiegenhaus stattdessen einen ansprechenden Bürgersaal zu schaffen. GR Aumayr berichtet vom Gemeindeamt in Ottensheim, welches ebenso einen solchen Saal für Sitzungen in das Gemeindeamt integriert hat. Ein solcher offene Sitzungssaal zeigt nach außen mehr Transparenz für die Bürger. Weiters merkt GR Aumayr an, dass durch die Positionierung des Sitzungssaales im dritten Stock auch die Fluchtwege anders zu dimensionieren sind, wodurch ein kostenintensives Stiegenhaus erbaut werden muss. Wäre der Sitzungssaal im Erdgeschoss, wäre dies in diesem Ausmaß nicht notwendig. Außerdem bemängelt GR Aumayr, dass der Planentwurf nur in einer kleinen Gruppe des Gemeinderates besprochen wurde. Es wurde nie in einer Raumordnungsausschusssitzung ein Entwurf erarbeitet, es wurde lediglich eine Projektpräsentation abgehalten. Eine solche Planung gehört in richtigen Arbeitsausschusssitzungen erstellt. Aus seiner Sicht ist dies keine vernünftige Vorgehensweise für eine Planung, in die er sich somit nicht einbringen wird. GR Aumayr appelliert an die Gemeinderäte, sich nochmals über die Planung Gedanken zu machen und eventuell nochmals mit Hofrat Gugler darüber zu sprechen. Möglicherweise gibt es eine günstigere Variante das Amtsgebäude zu sanieren.

Bürgermeister Degeneve erklärt das Prozedere, wie die Planung erfolgt ist. Er berichtet, dass es nach der Absage des Veranstaltungszentrums das erste Gespräch im Juni 2012 über die Sanierung des Amtsgebäudes mit Ing. Pollheimer gab. Dieser verlangte vorerst eine Gebäudesubstanzanalyse mit bestimmten Vorlagen, die erfüllt werden mussten. Die Gebäudeanalyse wurde sodann von Dr. Englmaier erstellt. Daraufhin kam Herr Gahleitner vom Amt der Oö. Landesregierung im Februar wo die Rahmenbedingungen für eine Sanierung festgelegt wurden. Dazu wurde ein Planentwurf erstellt, den der Bürgermeister allen Gemeindevorständen und Fraktionsobmännern vorlegte. Der Bürgermeister äußert hierzu, dass die Grünen-Fraktion es nicht der Mühe wert sah, an dieser Präsentation teil zu nehmen. Nachdem daher keine Einwände zu dem Planentwurf von den Anwesenden eingebracht wurden, präsentierte der Bürgermeister diesen bei Hofrat Gugler im März. In dem Gespräch mit Hofrat Gugler und Herrn Gahleitner wurde eigentlich die Reduzierung des Stiegenhauses gefordert, woraufhin die Größe des Stiegenhauses letztendlich aus repräsentativen Gründen beibehalten werden konnte. Nachdem nur das Hauptgebäude vom Land Oö. finanziell unterstützt wird und die Kosten der Sanierung von den Nebengebäuden die Gemeinde selbst zu tragen hat, gab Hofrat Gugler sein Einverständnis zu diesem Planentwurf, um diesen einzureichen. Aufgrund dessen erstellte Dr. Englmaier diesen Planentwurf, der in den letzten Raumordnungsausschusssitzungen und Gemeinderatssitzung präsentiert wurde. Weiters bemerkt der Bürgermeister zu GR Aumayr, dass die Kosten für die Planungsideen von der Grünen-Fraktion bei weitem jene Kosten übersteigen würden, als die des Stiegenhauses, da die baulichen Maßnahmen hier viel aufwendiger wären. Außerdem wäre der Platz des Saales viel geringer als im zweiten Obergeschoss.

GVM Faltyn bemerkt, dass die Planung von der Grünen-Fraktion optisch sehr gut aussieht. Er hinterfragt jedoch, ob die Glasfront der Belastung der oberen Räumlichkeiten aushält.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass dies schon möglich wäre, jedoch mit enormen Kosten verbunden ist.

GR Obermayr erklärt, dass sich der Keller momentan unter dem Niveau des Gehsteiges befindet. Nach deren Planung wäre der Eingang gleich dem Niveau des Gehsteiges.

GR Schmutzhart ist ebenso der Meinung, dass der Entwurf der Grünen-Fraktion optisch sehr gut aussieht. Er bemerkt jedoch, dass hier der finanzielle und technische Aufwand zu beachten wäre.

Bürgermeister Degeneve äußert, dass der Vorschlag der Grünen-Fraktion um ein halbes Jahr zu spät eingelangt ist. Dies hätte bereits vor dem Termin mit Hofrat Gugler besprochen werden müssen. Weiters weist er darauf hin, dass das Bürgerservice bei dieser Planung wieder im ersten Stock wäre. Dies sollte nicht der Sinn und Zweck der Sanierung sein.

GR Schatzl bemerkt, dass der Planungsvorschlag der Grünen-Fraktion, abgesehen von den baulichen Maßnahmen, sehr gut aussieht. Er hinterfragt jedoch, wann er diesen Vorschlag jemals präsentiert bekommen hätte, wenn nicht kurzfristig diese Gemeinderatssitzung einberufen worden wäre. GR Schatzl äußert, dass dieser Planentwurf viel zu spät für die Überarbeitung eines neuen Konzeptes eingelangt ist.

GR Aumayr betont, dass dieses Gemeindeamt weitere 45 Jahre bestehen bleibt, da würde es auf ein halbes Jahr länger für die Planung nicht darauf ankommen. Er schlägt daher vor, ehest möglich eine Arbeitskreissitzung einzuberufen, in der die neuen Ideen besprochen werden können.

GVM Auinger findet den Planungsvorschlag der Grünen-Fraktion sehr gut. Er äußert auch, dass der Planungsentwurf von Dr. Englmaier zwar in der letzten Gemeinderatssitzung präsentiert wurde, jedoch sollte man sich hier bemühen, ob nicht doch noch eine Möglichkeit besteht, einen neuen Plan einzubringen.

Vizebürgermeister Hinterberger bemerkt, dass die eigentliche Planung des Gemeindeamtes die Gestaltung des Vorplatzes miteinbeziehen sollte. Da jedoch noch keine finanzielle Zusage für die Vorplatzgestaltung erteilt wurde, muss man sich in erster Linie um die Planung des Gemeindeamtes Gedanken machen. Er gibt zu bedenken, dass eine große Verzögerung durch das Abwarten der Zusage für die Vorplatzgestaltung entstehen könnte. Weiters äußert Vizebürgermeister Hinterberger, dass er es besser findet, die Bürgerservicestelle im Erdgeschoss unterzubringen, da dies die erste Anlaufstelle ist.

Dazu weist GR Aumayr darauf hin, dass es, egal in welcher Planung, einen Lift gibt, der es ermöglicht, unbeschwert in das 1. Obergeschoss zu gelangen. Er spricht ebenso an, dass der Vorschlag der Grünen-Fraktion sicherlich nochmals überarbeitet werden müsste und eventuell auch noch einmal das Gemeindeamt in Ottensheim besucht werden sollte, um passende Ideen zu sammeln.

b) Schuttdeponie Hehenberger

GR Ehrengruber erkundigt sich, ob bereits Maßnahmen gesetzt wurden, dass die Firma Hehenberger die jetzige Schuttdeponie beseitigt.

Bürgermeister Degeneve berichtet, dass Herr Hehenberger ihm versichert hat, eine neue Schuttdeponie in Stroheim zu errichten. Dies dauert jedoch etwas länger, da etliche Gutachten einzuholen sind. Dadurch findet erst im Mai/Juni die Gewerberechtsverhandlung dafür statt. Es wird vermutlich bis Herbst dauern, dass die Schuttberge nach Stroheim verlagert werden. In Waizenkirchen bleibt zwar weiterhin ein Lagerplatz bestehen, jedoch nicht mehr so große Mengen wie jetzt.

GVM Faltyn bemerkt, dass diese Schuttdeponie zwar gewerberechtlich genehmigt werden könnte, jedoch sei diese Deponie nach dem Naturschutz illegal.

Bürgermeister Degeneve erwidert ihm, dass er sich bezüglich der Schuttdeponie behördlich bei Herrn Dr. Überseder von der BH Grieskirchen abgesichert hat. Dieser versicherte ihm, dass es gegen diese Schuttdeponie aus naturschutzfachlicher Sicht keine Einwände gibt.

c) Hochwasserschutz

GVM Faltyn bittet den Bürgermeister über den momentan Stand zum Hochwasserschutz in Waizenkirchen zu berichten.

Der Bürgermeister erklärt, dass es bereits viele Gespräche gab und das neue Hochwasserschutzprojekt seit März reif ist. Dazu wurde mit Herrn DI Mader eine Begehung entlang der Aschach auf der Höhe von Familie Danzer unternommen. Dort sollte ein großes Becken geschaffen werden, das sich von der Parzham bis Niederspaching zieht. Nach einem Gespräch mit DI Mader wäre dies jedoch keine gute Lösung. Weiters hat Bürgermeister Degeneve gebeten, sobald als möglich eine Informationsveranstaltung für alle betroffenen Grundbesitzer und Anrainer zu veranstalten, damit diese über die baulichen Maßnahmen bescheid wissen. Da jedoch das Büro Ing. Humer bei der Berechnung der Studie einen Fehler entdeckt hat, wird sich auch die Informationsveranstaltung noch etwas verzögern. Nach neuerlicher Erkenntnis sollte jetzt entlang des Ufers Richtung Moospolling ein Rückhaltebecken gebaut werden, um das überschüssige Wasser aufzufangen. Bürgermeister Degeneve betont, dass er jedoch noch keine näheren Pläne aufliegen hat.

GVM Faltyn erkundigt sich, ob die Kosten für dieses Projekt schon abzuschätzen sind.

Bürgermeister Degeneve erwidert ihm, dass die bisher geschätzten Kosten gegen 22 Mio. € liegen werden. Das neue Projekt sollte jedoch günstiger werden, da bei weitem nicht mehr so viele Grundkäufe notwendig sind.

GVM Auinger fragt beim Bürgermeister an, ob es bei der Grundabtretung die Form der Zwangsenteignung gibt.

Außerdem erkundigt sich GVM Wagner, wie man eine Planung anstellen kann, wenn noch nicht feststeht, ob ein Grundkauf von den jetzigen Eigentümern entlang der Aschach möglich ist. Es müsste also bereits konkrete Pläne geben, da dieses Projekt bereits vor vier bis fünf Jahren in Angriff genommen wurde.

Bürgermeister Degeneve entgegnet, dass die Planung bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten ist, um solche Details zu wissen. Das Prozedere dieses Projektes dauert ein wenig länger, da dies vorher nach Wien ans Ministerium übergeben werden muss. Diese Studie kam erst letztes Jahr aus Wien zurück. Erst jetzt kann überlegt werden, ob diese Studie durchgeführt werden kann. Weiters bemerkt Bürgermeister Degeneve, dass es das Angebot von Tauschflächen geben sollte für die Grundbesitzer. Ebenso wäre es möglich, dass die Flächen, solange kein Hochwasser eintritt, trotzdem bearbeitet werden können.

GVM Auinger befragt sich nochmals, welche Formen es für die Landwirte gibt, um weiterhin die Felder und Wiesen bewirtschaften zu können, da es kaum die Möglichkeit von Tauschflächen gibt.

Dazu erklärt der Bürgermeister, wenn nicht so schnell eine Einigung getroffen werden kann, dass sich dieses Projekt über Jahre hinweg ziehen kann, wie man an der Umfahrung in Eferding sehen kann.

GR Schatzl fügt zu dem hinzu, dass aufgrund der Anfrage von GVM Faltyn die Information erteilt wurde, dass die Studie neu berechnet wird und eventuell ein Retentionsraum geschaffen werden sollte. Es ist also noch viel zu früh von betroffenen Anrainern und Grundablösung zu sprechen.

GVM Faltyn stellt fest, dass dieses Thema bereits viele Fragen und Aufregungen aufwirft. Er bittet daher Bürgermeister Degeneve, ehest möglich eine Informationsveranstaltung über die Studie zu machen, um viele offene Fragen und Unklarheiten zu beseitigen.

GR Aumayr bemerkt, dass er sich aufgrund der Gerüchte bereits bei einem betroffenen Grundeigentümer erkundigt hat, welche Pläne für den Hochwasserschutz aufliegen. Er möchte daher zu bedenken geben, dass bereits Pläne bestehen, die sehr ausschlaggebend sind. Weiters weist er daraufhin, dass es meistens auf Bundesebene Sitte ist, aus großen Projekten immer größere Projekte zu machen, die letztendlich nicht durchgeführt werden. Somit können mit dem geplanten verfügbaren Geld wieder kleinere Projekte durchgeführt werden. Er äußert daher, dass sich die Gemeinde an kleineren Projekten für den Hochwasserschutz orientieren sollte, da die Größeren vermutlich nie ausgeführt werden. Kleinere Projekte würden auch nicht die Landwirtschaft dermaßen beeinflussen. Bei einem Aushub des Staudammes von 1 m würde sich die Situation we-

sentlich verbessern. Für einen größeren Aushub müsste man wiederum einen Platz finden, wo die Erde gelagert werden kann. Er ist der Meinung, dass Abgrabungen in größerem Ausmaß die Landwirtschaft stark beeinträchtigen würde, das bei kleineren Projekten weniger spürbar wird.

Bürgermeister Degeneve erwidert, dass er die Ideen von GR Aumayr des Öfteren bereits in Linz angeregt hat.

--o0o--

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.25 Uhr.

Vorsitzender

ÖVP-Gemeinderat

Schriftführer

SPÖ-Gemeinderat

GRÜNE-Gemeinderat

FPÖ-Gemeinderat

Waizenkirchen, am 21.05.2013

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen